

Gerade wo die Regierung anscheinend bei der kommenden Steuervorlage auch den billigen Massentabak

miterfassen will, wird zu erwägen sein, ob, schon um die „Pfeile des kleinen Mannes“ zu schonen, ein Zigarettenmonopol in Vorschlag zu bringen ist.
Diese Zeilen sollen auf eine Möglichkeit neuer Einnehmen hinweisen, die erst zu prüfen sein wird.
D. Reinhard Mumm, M. d. R.

„Skandal um Petschek“.

Der Fall Petschek ist früher im „Aufwärts“ schon besprochen worden. Jetzt schreibt die neueste Nummer der „Bodenreform“ darüber. Wichtig ist die Tatsache, daß die bestehende Gefahr schon so alt ist. Man fragt, was eigentlich noch aus Deutschland werden soll, wenn nicht bald eine Staatsleitung kommt, die das nationale Interesse Deutschlands wahr.

Schon auf unserem Bundestag in Straßburg 1913 erklärte Damasky:

Ein tschechischer Unternehmer hat einen großen Teil des mitteldeutschen Braunkohlengbietes in seine Hände bekommen, die Braunkohlen, die die Energiequellen für unsere Elektrizitätswerke sind. Heute früh erzählte mir ein Fabrikant aus dem Rheinlande, daß dort Hunderte von kleinen Meistern wieder konkurrenzfähig geworden sind, allein durch die elektrische Kraft, die die kleinen Motoren in ihrem Hause treibt, so daß sie mit den Mitteln moderner Technik arbeiten können. Und jetzt kommt ein tschechischer Kapitalist und nimmt uns unsere Braunkohlen unter den Füßen weg!

„Jeder Schatz, der tiefer in deutscher Erde liegt, als der Pflug geht, ist des Königs!“ Diesen Satz hat unser altes Rechtsbuch, der Sachsenspiegel, aus deutschem Rechtsempfinden heraus formuliert, und darin liegt alles, was wir Bodenreformer wollen; nur daß wir heute nicht so einfach und so natürlich sein können. Ich bitte, die Entschlebung vorzulesen:

„Die 23. Hauptversammlung des Bundes Deutscher Bodenreformer lenkt die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes nachdrücklich auf die drohende Monopolisierung der deutschen Braunkohlen durch den böhmischen Kohlen-großhändler J. Petschek.“

Die deutsche Braunkohle ist bereits heute für weite Kreise der deutschen Industrie Rohstoff und Kraftquelle sowie ein sehr wichtiger Heizstoff des mittleren und kleinen Haushaltes.

Die deutsche Braunkohle ist bisher noch der stärkste Schutz gegen eine übermäßige Verteuerung der Steinkohle.

Die deutsche Braunkohle beginnt ferner, für die Elektrizitätsversorgung zahlreicher Städte und Ueberlandzentralen sowie für die Elektrifizierung der deutschen Bahnen immer unentbehrlicher zu werden.

Petschek hat bereits maßgebenden Einfluß auf die wichtigsten deutschen Braunkohlenunternehmungen erlangt und bedroht dadurch die deutsche Volkswirtschaft in nicht abzusehendem Umfange.“

Es ist ja gleichgültig, ob der Mann Petschek heißt oder Müller, oder Meier oder Graf Schaffgotsch, oder Fürst Fürstenberg oder sonstwie; für uns handelt es sich um die Sache. Aber man könnte wirklich verzagen, wenn man sieht, wie wenig staatsbürgerliche Bildung in unserem Volke herrscht, daß eine solche Maßnahme fast völlig gleichgültig vom deutschen Volke aufgenommen wird. Wer ist es, der seine Stimme dagegen erhebt? Gott hat doch wahrlich nicht unendliche Schätze in den deutschen Boden hineingelegt, damit ein paar unverantwortliche Aktionäre hier oder im Auslande bestimmen, ob die deutschen Haushaltungen, ob die deutsche Arbeit billig oder teuer werden sollen!

Jetzt bringt die „Deutsche Tageszeitung“ (1930, Nr. 497) folgende „eigene Drahtmeldung“:

„Der tschechische Braunkohlenindustrielle Petschek hat, wie bekannt, vor einiger Zeit die Besitzmehrheit an der großen Braunkohlengrube „Jise“ in der Lausitz erworben. Die „Leipziger Abendpost“ veröffentlicht jetzt eine „Skandal um Petschek“ überschriebene Zuschrift, in der u. a. folgende schwerwiegenden Behauptungen aufgestellt werden:

„Politisch bedeutet für die Tschechei die Lausitz das gleiche wie für die Polen der Korridor. Es steht fest, daß sie sich schon heute an einer der empfindlichsten Stellen des Deutschen Reiches fest eingenistet haben. Wozu? Ein Fall, der uns soeben erst bekannt wird, und der bereits als ein Grenzfall der Begriffe Spionage und Landesverrat gelten kann, bringt Licht in das Dunkel für den, dem die Tatsachen noch nicht deutlich genug reden. Da existiert ein Sohn des Ignaz Petschek, der jüngste einer Reihe, heißt treudeutsch Wilhelm und bekleidet das Amt eines Bergingenieurs.“

Dieser Wilhelm Petschek nun bearbeitet das gesamte Kartennaterial aller Lausitzer Braunkohlengruben und schafft es laufend nach Lausitz hinüber. Wir stellen also fest: Das Aufsichtsratsmitglied der Grube „Jise“, Wilh. Petschek, liefert ausgezeichnetes Material über deutsche Braunkohlengruben an die Tschechei aus, ohne daß bislang irgend ein Staatsanwalt dagegen eingeschritten wäre.“

Der Artikel fragt dann weiter, warum dagegen nichts geschieht und warum außerdem nach der Erwerbung der Grube durch Petschek der deutsch-tschechische Steuervertrag abgeschlossen worden sei, auf Grund dessen acht Millionen direkter Steuern aus dieser Grube nach der Tschechei fließen und dem Reiche verloren gehen.“

Gewöhnlich wird die Forderung erhoben, Ausländern soll der Erwerb deutschen Bodens verboten werden. Ganz abgesehen davon, daß der Vorkauf des Friedensdiktats dies ausdrücklich untersagt, würde ein solches Gesetz nichts helfen! Jeder kapitalkräftige Ausländer findet genug deutsche Strohmänner. Hier kann nichts helfen als eine entschlossene Bodenreform.

Wir haben nach Straßburg ein Heft (5657) unserer „Sozialen Zeitfragen“ herausgebracht: „Der Kampf um die Braunkohle“, von Prof. Dr. Polenske mit eingehenden Vorschlägen!

Aber es kam der Krieg und nach dem Krieg die Inflation, und so ist denn heute Herr Petschek der Herr eines großen Teiles unserer Braunkohle! Was hier gesagt, das wiederholt sich in der norddeutschen Tiefebene auf dem Gebiet des Erdöls. Wahrhaftig, wie kann unser armes Volk gefunden ohne entschlossene Bodenreform?

Mandatsniederlegung beim Christlich-sozialen Volksdienst.

Viele Zeitungen innerhalb und außerhalb Württembergs berichten, daß die Reichs- und Landtagsabgeordneten des CSVD, Bausch-Kornal und Kling-Stuttgart, ihre Reichstagsmandate niedergelegt hätten. Diese Nachricht ist unrichtig und irreführend.

Wichtig ist, daß schon im April dieses Jahres der Reichsvorstand des CSVD auf Antrag der württembergischen Landesgruppe den Beschluß gefaßt hat, daß Doppelmandate nur bei seltenen Ausnahmefällen zugelassen werden. Diesem Beschluß wurde bei der Aufstellung der Kandidatenlisten Rechnung getragen. Da wider Erwarten von den drei württembergischen Landtagsabgeordneten des CSVD zwei auf der Reichsliste gewählt wurden, haben die Nichtgewählten sofort nach der Wahl vereinbart, daß einer der beiden Abgeordneten, die ein Dop-

pelmandat haben, zu einem im Blick auf die Landes- und Reichspolitik geeigneten Zeitpunkt sein Reichstagsmandat niederlegt. Dieser Beschluß wurde vom württembergischen Landesausschuß und vom Reichsvorstand einstimmig gebilligt. Nach der Durchführung dieses Beschlusses wird der christliche Gewerkschaftssekretär Behrens, der seit 1907 Reichstagsabgeordneter war, auf der Reichsliste des CSVD nachrücken.

Landesvorstand des CSVD in Württemberg.

Deutsche als Freiwild.

— Kattowitz, 12. November.

Durch die deutsche Bevölkerung in Kommervellen und Ostpreußen geht tiefste Beunruhigung. Das „nationale“ Polen überfällt sich in Deutschen, das und Deutschen; die Verwaltungsbehörden aber geben sich alle Mühe, dieser Stimmung Rechnung zu tragen, hoffen sie doch, durch „Antideutsche-Boden“ die öffentliche Aufmerksamkeit von den miserablen wirtschaftlichen Verhältnissen — vier Millionen Wechsel sollen nicht eingelöst werden sein! — ablenken zu können.

Das nächste Ziel des Kampfes gegen das deutsche Volkstum in Polen ist das gleiche wie das, was man bei dem Terror gegen die polnischen Oppositionsparteien im Auge hatte: die Herbeiführung einer Mehrheit für den Marschall Pilsudski durch die Abschreckung der Andersgesinnten von der Wahlurne. So hat man z. B. deutsche Wiken für die verschiedenen Wahlen unter nichtigen Vorwänden für ungültig erklärt und durch fabrikmäßig hergestellte Einsprüche die polnische Staatsangehörigkeit der deutschen Wahlberechtigten angezweifelt. Letzteres allein im Bezirk Graudenz in 30 000 Fällen und gegenüber Angehörigen der deutschen Minderheit, die im polnischen Heer ihrer Dienstpflicht genügt haben!

Nun hat sich das deutsche Volkstum gegen diesen Wahlrechtsraub zwar zur Wehr gesetzt, in vielen Fällen aber ließ man die Dinge auch treiben. Eine Abscheinigung der polnischen Staatsangehörigkeit ist eben schwer und nur gegen Entrichtung von Gebühren zu erlangen, dazu ist der beschwerdeführende Deutsche dem „individuellen Terror“ der Aufständischenverbände ausgesetzt. Wenn trotzdem die Zahl derer, die sich tapfer gegen diesen Terror auflehnen, nicht gar so klein ist — unbekümmert um die Zerrückung der Fenster-scheiben und die Abstrahlung der Aufschreien auf den Firmenschildern — dann stellt das der Befehlsfreudigkeit der deutschen Minderheit ein gutes Zeugnis aus, nur dürfen wir in der Freude darüber nicht übersehen, daß der polnische Terror in sehr vielen Fällen auch seinen Zweck erreicht hat und infolgedessen erhebliche Verluste der deutschen Parteien zu befürchten sind.

Plant man jetzt doch sogar die Durchbrechung des Wahlscheintums? Der polnische Hauptwahlkommissar Sigald hat ein Rundschreiben an die Bezirkswahlkommissionen erlassen, worin er darauf aufmerksam macht, daß die polnische Wahlordnung dem Wähler nicht verbietet, im Wahllokal seine Wahl zu bekunden, für die und die Partei stimmen zu wollen. Verbleibt es bei dieser denn doch recht sonderbaren Auslegung des verfassungsmäßig festgelegten Wahlgeheimnisses, dann wird mit dieser Vergewaltigung des Wahlgeheimnisses eine gesetzmäßige Wahl überhaupt vereitelt. Wärfen es sich die deutschen Familienväter in den kleineren Ortschaften Kommervellen und Ostpreußens angesichts der Art der Wahl der polnischen Aufständischen doch zweimal überlegen, ob sie an einer offenen Wahl überhaupt teilnehmen können.

Hand in Hand mit dem Kampf gegen den deutschen Wähler geht der Kampf gegen die deutschen Zeitungen. Verbote und Beschlagnahmen sind an der Tagesordnung! Da es an sachlichen Handhaben zu einem Einschnitt gegen die deutsche Presse fehlt, Verbote aber verhängt werden sollen, verschieben die polnischen Behörden in Polen in der Not darauf, die

Die 10. Herrnhuter Missionswoche

13. bis 17. Oktober 1930.

1. Herrnhut, die Stadt der Missionsgeschichte.

Kein Ort könnte geeigneter sein, die deutsche evangelische Missionswelt zu einer Arbeitstagung zusammenzuschließen als Herrnhut, wo die Missionsgeschichte eine solche eindringende Sprache redet. Als im Jahre 1922 anlässlich der 200-Jahrfeier Herrnhuts ein Holländer sprach, ging er in seinem Grußwort davon aus, daß ihn auf seiner Reise immer wieder die Frage bewegt habe, wie eine solche kleine Schar wie die Brüdergemeine ein solches großes Missionswerk zu tragen vermöge. Er hatte sich die rechte Antwort auf seine Frage selbst gegeben, indem ihm deutlich wurde, daß nur deshalb Herrnhut noch stehe, als eine Stadt, in der Gottes Werk weitergehe, weil es ein solch großes Missionswerk anvertraut erhalten habe.

Seit 200 Jahren reden in Herrnhut die Steine von diesem Zeugnisdienst Herrnhuts. Von entsagungsvollem Opfereinsatz spricht auf dem Friedhof der schlichte Grabstein für manches Barmherzigenmissionars, dessen Leben und Sterben Gott dazu dienen ließ, daß die „Saat der Mission“ aufgehe. Daher führte auch ein Gang der Tagungsteilnehmer zum Friedhof. Wir standen am Grabe Zinzendorfs, wo eine schlichte Gedenktafel uns zum gleichen Dienst rief:

„Wir wollen uns gerne wagen
In unseren Tagen,
Der Ruhe abzulegen,
Die's Tun vergißt.
Wir wollen nach Arbeit fragen,
Wo welche ist.
Nicht an dem Amt verzagen,
Uns fröhlich plagend
Und unsere Steine tragen
Aufs Baugerüst.“

Gott aber gab einst den Brüdermissionaren die Zuzustimmung in jener denkwürdigen Abendmahlsfeier am 13.

August 1727 in dem kleinen Kirchlein zu Berthelsdorf. Dieser Stunde gedachten wir, als uns dorthin gleichfalls ein Ausgang führte. Solche innere Zuzustimmung begehren wir auch für den uns heute aufgetragenen Dienst in der Heidenwelt.

2. Die vierte Nachkriegskonferenz.

Die Herrnhuter Missionswoche ist immer mehr zu einem geistigen Einheitsband der deutschen evangelischen Missionswelt geworden, und darum ist sie sonderlich geeignet, sich ein Urteil zu holen über ihr geistiges Ringen und Kämpfen. Diese Konferenz war die vierte Nachkriegskonferenz. Die erste (1921) zeigte uns die verheerenden Folgen des Kriegesgeschehens für unser deutsches Missionswerk. Waren doch noch damals manche Missionen ihrer sämtlichen Arbeitsgebiete beraubt, wie etwa die Leipziger und die Bethelmission. Aber diese Konferenz zeigte auch als Kriegsfrucht die Nötigung zur Selbstbesinnung; und es kann nicht wundernehmen, wenn sie folglich nicht ganz gelang und wir einer Uebererschätzung unserer Eigenart wenigstens in etwa verfallen waren. Die zweite Nachkriegskonferenz (1924) stand im Zeichen des verheißungsvollen Neuanfangs der Arbeit. Die ersten Missionare zogen wieder nach ihren durch den Krieg verwüsteten Arbeitsgebieten aus. Welche Freude! Die dritte Nachkriegskonferenz (1927) stand bereits wieder stark unter dem Zeichen übernationaler Zusammenarbeit. Sie galt der inneren Zuzustimmung auf die internationale Missionskonferenz auf dem Delberg bei Jerusalem 1928. Im Mittelpunkt stand seinerzeit das Referat von Professor Heim-Lübingen. Die Besinnung auf die Botschaft der Christenheit an die nichtchristliche Welt einte uns, und wir alle gingen mit der bange Frage auseinander, ob die deutsche evangelische Missionswelt mit diesem Ringen um letzte Fragen in Jerusalem verstanden würde. Der Verlauf der Delberg-Konferenz zeigte, daß diese Sorge nicht unberechtigt war.

Die Zweispaltigkeit in der Auffassung des Reiches Gottes, wie sie durch den Gegensatz zwischen Angel-

sachstum und Kontinent gezeichnet ist, warf ihre Welten auch nach Jerusalem. Im Mittelpunkt der Verhandlungen dort aber stand die Frage nach der Säkularisierung (Entgötterung) der Welt, die als eigentlicher erfolgreicher Gegenspieler der Weltmission erkannt wurde.

Der deutschen Missionswelt war aber schmerzlich bewußt geworden, wie in Jerusalem eine Frage nicht zum Austrag kam: die Frage des Synkretismus, der Missionsmischung, wie sie sich überall vollzieht, indem die nichtchristliche Welt dadurch den Vorstoß der Christenheit aufzufangen sucht, indem sie mit der christlichen Botschaft eine Lebensgemeinschaft eingeht. Wie sollte es nunmehr anders sein, als daß unsere vierte Nachkriegskonferenz diese Frage aufgriff.

3. Die Wiederkunft Christi und die Heidenmission.

„Unser Leben ist ein Entgegenleben dem Tage Jesu Christi. Alles Missionsleben und Arbeiten ist ein Entgegengehen und Entgegenleben dem großen Tag des Herrn“, mit diesen Sätzen begann Landesbischof D. Ihmels im Anschluß an Jesu Wort Matth. 24, 14 seinen Vortrag über die inneren Beziehungen zwischen der Wiederkunft Christi und der Mission. Unter der Gewalt des Offenbarungsgewissens wird uns auch der Glaube an die Wiederkunft Christi, an die letzten Dinge, aufgedrängt, daß aus Zeit Ewigkeit werde. Aber wie soll aus Zeit Ewigkeit werden? Der christliche Glaube schließt eine Weltanschauung in sich ein. Ihr drängt sich mit dieser Frage zugleich die andere Frage auf: wie auch aus Ewigkeit Zeit werden könnte. Wir leben von dem Geheimnis, daß Gott in dem ewigen Sohn in die Zeit eingegangen ist.

Dieser Tag der Ewigkeit und sein Anbruch wird angekündigt an der Mission. Wenn wir von der Gesamt-weltanschauung der Bibel ausgehen, drängt sich diese Tatsache uns als notwendig auf. Für die Schrift ist die Welt nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, die Stätte, in der Gottes Reich sich bauen soll. Darum kommt alles darauf an, daß das Wort von diesem Reich

größte, als
Pommerell
ben, die C
gesandte
Hebräer v
trägt, dur
unter Kon
im Jahr e
halb, weil

Über
sache für
Presse mu
schähtert
— ähnlich
Einwände
abfertigte,
Seite habe
er, um so
weise auf
die Bereit
schähtert
reien, die
Entgelt ab
droht, so
zeitung nu

Das j
Daß die P
Pommerell
zum dauere
dieser Tag
neuen C
berg — G
gen verbind
se neue R
werteste ist
bahnlinie
Schneider
Aufgaba
ist es, ihr
Treue zu
wird es se
Nüchtern

Deut

Anteil zu
afritas dur

Anges
afritas dur
festhalten
Lebens so
England t
las in den
deutschen

Durch
seiner über
deutschen
stellt wor
den damit
treuen H
Formulde
seinem Na

Das A
verleibung
Reich ab
auf das
deutsche
teilt wor
in einem
Verschmelz
den angre
llganda
Parlament
buch der
mitgeteilt
fung und

Die G
mit den
Böferrbu

Gottes in
hang des
unfähig
Missionar
sich uns
kommt das

So ist d
beizufüh
dieses le
sion, um
Wiederku
wächst ihr
auf, daß
werde. Er

sche. In
unserer
die Erkenn
gen hat.
Reich Wich
Reich auch
Mit dem
Mut, Freud
vergeblich

Wenn a
soll inner
nicht den
denen die
hat sie un
Auseinande
gottung der
zugehen, d
steht, an d
nen: „Mach
Wille, wenn
der Bekehr
an sich auch
hat ihre ei

auf die Landes-
sein Reichstags-
wurde vom wirt-
n Reichsvorstand
gründung dieses Be-
astsekretär Be-
eter war, auf der
Württemberg.

Reichswild.

2. November.
in Pommerellen
unruhigung.
g in Deutschen-
gbehörden aber
ng Rechnung zu
deutsche Wochen-
miserablen wirt-
tionen Wechsel
— ablenken zu
gen das deutsche
es das, was man
Oppositionspar-
einer Mehrheit
Abrechnung
r Wahlurne.
ie verschiedensten
für ungültig er-
e Eingriffe die
schen Wahlberech-
n Bezirke Graun-
Angehörigen der
chen Heer ihrer

um gegen diesen
t, in vielen Fäl-
eiben. Eine Be-
hörigkeit ist eben
Gebühren zu er-
de Deutsche dem
benverbände aus-
die sich tapfer
nicht gar so klein
ung der Heister-
schriften auf den
der Bekenntnis-
in gutes Zeugnis
rüber nicht über-
r vielen Fällen
infolgedessen er-
ien zu befürchten

ur durchbrechung
polnische Haupt-
schreiben an die
ein er darauf auf-
bahforderung dem
al seine Absicht
inmen zu wollen.
recht sonderbaren
efgelegten Wahl-
Bergewaltigung
fuge Wahl über-
ie deutschen Pa-
aften Pommerel-
er ist der racht der
al überlegen, ob
einnehmen können.
gegen den deut-
die deutschen Ge-
ngen sind an der
n Handhaben zu
e Presse fehlt, Ver-
verfielen die pol-
Not darauf, die

st, warf ihre Bel-
punkt der Verhand-
nach der Säkulari-
s eigentlicher er-
on erkannt wurde.
der schmerzliche
be Frage nicht zum
stismus, der Reli-
llzieht, indem die
ß der Christenheit
ristlichen Botschaft
e es nunmehr an-
achkriegskonferenz

Heidenmission.

en dem Tage Jesu
itten ist ein Entge-
großen Tag des
ndesbischof D. Th-
ath. 24, 14 seinen
zwischen der Wie-
der der Gewalt des
der Glaube an die
Dinge, aufgedrängt,
wie soll aus Zeit
laube schließt eine
ngt sich mit dieser
wie auch aus Ewig-
von dem Geheim-
in die Zeit einge-

Andruck wird an-
von der Gesamt-
drängt sich diese
die Schrift ist die
el zum Zweck, die
auen soll. Darum
t von diesem Reich

größte, als vorbildlich bekannte deutsche Druckeret in
Pommerellen unter dem lächerlichen Vorwand zu schlie-
ßen, die Einrichtung des Betriebs genüge nicht den
gesundheitslichen Anforderungen. Und das wagt eine
Behörde vorzubringen, die sich mit dem Gedanken
trägt, durch Verordnung zu bestimmen, daß jeder Pole
unter Kontrolle seiner Bezirksverwaltung mehrmals
im Jahr ein Bad zu nehmen hat, offenbar doch des-
halb, weil er es nötig haben muß!

Aber was liegt an den Gründen! Die Haupt-
sache für die polnischen Behörden ist, daß die deutsche
Presse mündet und die deutsche Wählerchaft einge-
schüchtert wird. So hat man denn auch in Posen
— ähnlich jenem Fuchs in der alten Fabel, der alle
Eindwände des von ihm geschlagenen Hahns damit
abfertigte, und wenn er schon das Recht auf seiner
Seite habe, so ändere das doch nichts daran, daß
er, um satt zu werden, ihn freissen müsse — alle Hin-
weise auf die guten Einrichtungen der Druckeret und
die Bereitschaft zu jeder gewünschten Milderung ab-
schlägig beschieden und dazu noch den polnischen Drue-
reien, die den Druck der deutschen Zeitung etwa gegen
Entgelt übernehmen wollten, Zwangsmaßnahmen ange-
droht, so daß die von dem Verlag geplante Not-
zeitung nun in Danzig gedruckt werden muß.

Das sind einige Angaben über den Wahleror.
Daß die Polen es sich auch sonst angelegen sein lassen,
Pommerellen und Ostoberschlesien als dem Deutsch-
tum dauernd verlorene Gebiete hinzustellen, zeigt die
dieser Tage erfolgte Eröffnung einer Teilschraube der
neuen Eisenbahnlinie Kattowitz — Brom-
berg — Gdingen, die Ostoberschlesien eng mit Gdin-
gen verbinden und dem polnischen Drang zur Of-
fene neue Kraft verleihen soll. Und was das bemerkens-
werteste ist, die Mittel für die Errichtung dieser Eisen-
bahnlinie sind von der französischen Kanonenfabrik
Schneider und Creuzot zur Verfügung gestellt worden.
Aufgabe der deutschen Minderheit in dieser Stunde
ist es, ihrem Volkstum, allen Gefahren zum Trotz
Treue zu wahren, und Aufgabe der Reichsdeutschen
wird es sein, den kämpfenden deutschen Volksgruppen
Hilfschaft zu gewähren.

Deutsch-Ostafrika in Gefahr.

Aufruf zu Protestkundgebungen. — Annexion Ost-
afrikas durch England und Verstoß gegen den Ver-
sailer Vertrag.

— Berlin, 12. November.

Angesichts der bevorstehenden Beratung der ost-
afrikanischen Frage im englischen Parlament vor-
sitzenden führende Männer des deutschen öffentlichen
Lebens folgenden Aufruf gegen die durch die von
England beabsichtigte Einverleibung Deutsch-Ostafri-
kas in den britischen Kolonialbesitz drohende Verletzung
deutschen Rechts:

Durch den Versailler Vertrag ist Deutschland
seiner überseeischen Besitzungen beraubt worden. Die
deutschen Kolonien sind unter Mandatsverwaltung ge-
stellt worden, welche nach der Völkerverfassung von
den damit betrauten Mächten als Vormundschaft zu
treuen Händen ausgeübt werden soll. Sie haben diese
Vormundschaft als Mandatar des Völkerverbundes und in
seinem Namen zu führen.

Das Mandatsystem ist nun durch das auf die Ein-
verleibung Deutsch-Ostafrikas in das Britische
Reich abzielende Vorgehen der englischen Regierung
auf das stärkste bedroht. Diese größte und wertvollste
deutsche Kolonie ist England als Mandatsgebiet zuge-
teilt worden. Die englische Regierung hat neuerdings
in einem Weißbuch Vorschläge gemacht, die auf eine
Verschmelzung des ostafrikanischen Mandatsgebietes mit
den angrenzenden englischen Kolonien Kenia und
Uganda hinauslaufen. Ein Ausschuss des englischen
Parlaments soll darüber beraten. Auch ist das Weiß-
buch der Permanenten Mandatskommission in Genf
mitgeteilt worden, damit diese Gelegenheit zur Prü-
fung und Stellungnahme erhält.

Die beabsichtigte Verschmelzung Deutsch-Ostafrikas
mit den angrenzenden englischen Kolonien ist mit der
Völkerverfassung unvereinbar. Sie würde den ersten

Gottes in aller Welt gepredigt wird. Und im Zusammen-
hang des biblischen Glaubens müssen wir sagen, daß wir
unfähig sind, einen Gedanken zu bilden, daß nach der
Missionierung der Welt noch ein anderer Zweck der Welt
für uns dastue. Das Gottesziel ist erreicht, und nun
kommt das Ende!

So ist die Mission berufen, den Tag Jesu Christi her-
beizuführen. Daraus folgt, daß alle Missionsarbeit auf
dieses letzte Ziel eingestellt sein muß. Wir treiben Mis-
sion, um damit die Menschheit dem großen Tage der
Wiederkunft ihres Herrn entgegenzuführen. Daraus er-
wächst ihr auch das letzte Motiv. Der Herr wartet dar-
auf, daß der ganzen Menschenwelt das Wort gesagt
werde. Er hat es ausdrücklich befohlen, daß es ge-
schehe. In seinem Befehl liegt ihr letzter Grund, weil
unsere Liebe milde werden könnte. Das schließt auch
die Erkenntnis dessen in sich, was die Mission zu brin-
gen hat. Sie muß daran arbeiten, daß das Wort vom
Reich Wirklichkeit werde. Darum kann das Wort vom
Reich auch nur der Inhalt der Missionspredigt sein.
Mit dem Ausblick auf das Ende aber gewinnen wir
Mut, Freudigkeit und Gewißheit, daß unsere Arbeit nicht
vergeblich ist.

Wenn aber die Botschaft vom Reich sich durchsetzen
soll innerhalb der Völkerverwelt, dann dürfen wir auch
nicht den Blick von den Hemmnissen zurückziehen, mit
denen diese Verkündigung zu kämpfen hat. Die Mission
hat sie um ihres Berufes willen durchzuführen. Die
Auseinandersetzung mit dem Säkularismus (der Ent-
gottung der Welt) hat daher von der Anerkennung aus-
zugehen, daß der Säkularismus an einem Punkte an-
kommt, an dem wir Christen einen Auftrag Gottes er-
kennen: „Machet euch die Erde untertan.“ Es ist Gottes
Wille, wenn menschliche Wissenschaft an der Erforschung
der Beherrschung der Welt arbeitet. Und diese Arbeit ist
an sich auch, religiös gesehen, religiös neutral. Die Welt
hat ihre eigenen Gesetze. Aber es zeigen sich für diese

Schritt zu einer widerrechtlichen Einverleibung Deutsch-
Ostafrikas in das Britische Reich bedenten. Es handelt
sich dabei um ein Land von der doppelten Größe
Deutschlands und von außerordentlich günstigen Ent-
wicklungsmöglichkeiten.

Gegen dieses englische Vorgehen muß im deutschen
Volk von allen Seiten schärfer Protest erhoben werden.
Protest gegen die Verletzung der wenigen Deutsch-
lands nach dem Versailler Vertrag und als Mitglied des Völ-
kerverbundes zustehenden Rechte, Protest gegen die Ver-
letzung des Mandatsystems in bezug auf das größte
afrikanische Mandatsgebiet, Protest gegen die dem Recht
widerstrebende tatsächliche Annexion Deutsch-Ostafrikas
durch England. Das deutsche Volk muß sich über alle
Gegensätzlichkeiten hinweg in der Verteidigung seines
Rechts und des Rechtsgedankens überhaupt zu mach-
vollen, weithin sichtbarem Protest zusammenfinden.

Die Unterzeichneten, einig in dem Willen, der Be-
drohung deutscher Rechte entschieden entgegenzutreten,
fordern alle Gruppen und Schichten des deutschen Vol-
kes zur Teilnahme an Kundgebungen auf, die in der
nächsten Zeit in verschiedenen Städten Deutschlands
durchgeführt werden sollen.

Die Träger die Protestbewegung.

Unterzeichnet haben den Aufruf u. a.: Graf Pau-
dissin, Direktor der Preussischen Hauptlandwirtschafts-
kammer, Ernst von Borjig, Vorsitzender der Ver-
einigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Bran-
des, Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Der-
ling, Vorsitzender des Reichsverbandes des Deutschen
Handwerks, Geheimrat Duisberg, Dr. Hermann Fi-
scher, Präsident des Hanjabsundes für Gewerbe, Handel
und Industrie, Wilhelm Füllgel, Vorsitzender des
Deutschen Beamtenbundes, Heinrich Grünfeld, Vor-
sitzender der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzel-
handels, Gustav Hartmann, Vorsitzender des Gewer-
schaftsrings deutscher Arbeiter, Angestellten und Be-
amtenverbände, Dr. Hermes, Präsident der Ver-
einigung deutscher Bauernvereine, Josef Humar, Prä-
sident des Zentralverbandes deutscher Haus- und
Grundbesitzervereine, Imbusch, Vorsitzender des deut-
schen Gewerkschaftsbundes, Graf von Kalckreuth,
Präsident des Reichslandbundes, Rasch, Geheimer Re-
gierungsrat, Dr. Mutsch, Generalsekretär des Deut-
schen Handwerks- und Gewerbelammergebietes, von Mi-
quel, Präsident des Reichsgrundbesitzerverbandes, Dr.
Louis Ravenel, Präsident des Zentralverbandes des
deutschen Groß- und Klebersees, Prof. Dr. Nießer,
Gustav Schneider, Vorsitzender des Gewerkschaftsbun-
des der Angestellten, Dr. Tull, Präsident des Reichs-
bundes der höheren Beamten.

Debatte über das Kriegsmaterial

Diskussion gegen Frankreich beschlossen. — Aber nur
geringe Reizung für die Materialbegrenzung.

— Genf, 12. November.

Nach der negativen Erledigung der Frage der
ausgeübten Reserven kam im Genfer „Abwägungs-“
ausschuss die zweite große Frage der Beschränkung des
Kriegsmaterials, auf die von Deutschland im Interesse
einer wirksamen Abwägung von Anfang an großer Wert
gelegt wurde, zur Behandlung.

Dabei errangen die Befürworter der direkten Be-
schränkung des Kriegsmaterials in einer langen Ge-
säftsordnungsdebatte einen taktischen Sieg, indem mit
vierzehn Stimmen gegen die sechs Stimmen Frank-
reichs, Polens, Südslawiens, Japans, der Tschecho-
slowakei und Türkei beschlossen wurde, die Frage so-
fort zu beraten und nicht erst, wie die übrigen, grund-
sätzlich bereits in erster Lesung erledigten Fragen, am
Ende der Verhandlungen.

Die Neigung zur Durchführung einer wirksamen
Materialbegrenzung ist aber, wie der Verlauf der
Debatte sogleich bewies, außerordentlich gering. Für
die direkte Begrenzung des Kriegsmaterials sprach
sich eigentlich nur der amerikanische Botschafter Gib-
son aus. Bemerkenswerter Weise erkannte auch Ita-
liens Vertreter, General de Marinis, die Bedeutung
einer direkten Beschränkung des Kriegsmaterials an

Kulturarbeit der Menschheit bestimmte Grenzen: Auf
das Woher der Welt hat die Wissenschaft mit ihren Mit-
teln keine Antwort. Und es ist eine Entscheidung des
Willens, ob die Welt des Wunders mit einbeschlossen
wird in das Weltanschauungsbild. Die gleiche Entsch-
eudung des Willens ist auch auf allen anderen Lebensge-
bieten zu fällen, wie Wirtschaft, Politik und Öffent-
lichkeit. Es wird sich immer wieder herausstellen, daß
Neutralität in dieser Frage nicht möglich ist, daß die
Ordnungen des Lebens als Ordnungen Gottes be-
griffen werden müssen. Darum tritt der Säkularismus,
soweit er die Weltgestaltung ohne Gott benutzt ver-
sucht, in Gegensatz zu Gott. Die Mission aber hat den
Beruf, diese Entscheidung des Willens herbeizuführen,
und uns liegt kein Zweifel ob, daß Christus das letzte
Wort hat. Aber es ist eine ernste Frage, welche Auf-
gabe uns dadurch erwächst.

Wird auch die außerchristlich-widerchristliche Entwid-
lung die Entwicklung des Reiches Gottes fördern? Man
kann nicht eine geradlinige Entwicklung der antichrist-
lichen Bewegung feststellen. Es gibt auch hier Aufstieg,
Blüte und Sterben. Mit dem Entwicklungsgedanken ist
aufzuräumen. Die Geschichte des Christentums bis zum
Ende hin ist nicht innerweltlich, sondern sie ist auch im-
mer ein Eingriff Gottes von oben her. Und so ist es
auch am Ende der Tage. Wir glauben nicht, daß von in-
nen heraus das Christentum zur Vollendung sich ent-
wickelt, sondern das Ende ist eine neue Schöpfung. Da-
bei bleibt bestehen, daß die Geschichte der Zeit von Gott
dem Ende entgegengeführt wird. So ist die Frage be-
rechtigt, ob wir auf die Zeit schließen können, in der wir
stehen, dem Ende gegenüber. Bestlich können wir die
Wege des Herrn nicht nachrechnen. Unter Hinweis auf
die Zeichen der Zeit hat uns der Herr aufgefordert zu
wachen! Bei allem Geschehen bleiben wir aber gewiß:
Der Herr ist am Werke. Er hat sich bereits aufgemacht,
seine Gemeinde zu vollenden und einzuholen.

Fortsetzung folgt.

Graf Bernstorff machte darauf aufmerksam, daß
die Methode der direkten Materialbegrenzung Deutsch-
land im Versailler Vertrag auferlegt worden und daß
es nur logisch ist, nunmehr diese Methode auch für
die allgemeine Abwägung anzuwenden. Der deutsche
Delegierte betonte nochmals, daß eine Konvention ohne
die direkte Materialbegrenzung wertlos und für
Deutschland unannehmbar ist.

Gefallenen-Ehrung in Genf.

Unter Teilnahme der deutschen, türkischen und bulgari-
schen Abordnungen.

Am Waffenstillstandstage gedachte der „Ab-
wägungs“-ausschuss des Völkerverbundes der Gefallenen
des Weltkrieges. Die Delegationen Deutschlands, Bul-
gariens und der Türkei nahmen an der Totenehrung
teil, nachdem der Präsident sich verpflichtet hatte, dem
Gedächtnisakt ausschließlich den Charakter einer To-
tenehrung zu geben und das Wort „Waffenstill-
stand“ nicht zu erwähnen.

Dementsprechend eröffnete Präsident Landon die
Sitzung mit den Worten: „Es ist heute der 11. No-
vember und 11 Uhr. Zu Ehren und zum Gedächtnis
aller Toten des Weltkrieges läte ich Sie, sich zu er-
heben und eine Minute andächtigen Schweigens den
Toten zu widmen.“ Die Teilnehmer kamen dieser
Aufforderung nach.

Die Anregung hierzu war von Vertretern der
angelsächsischen Länder ausgegangen, wo bekanntlich
am 11. November zur Erinnerung an die Beendigung
des Weltkrieges und zum Gedächtnis der Toten kurze
Gedächtnisfeiern in Form einer Verkehrsruhe und
einer Schweigeminute stattfinden.

Russische Unlagen gegen Paris.

Frankreichs Regierung der Vorbereitung eines Krieges
gegen Rußland beschuldigt.

— Moskau, 12. November.

In Moskau steht die Eröffnung eines neuen Lan-
desberratsprozesses bevor. Angeklagt sind Mitglieder
einer sogenannten Industriepartei, die vom Ausland
Geld erhalten und alles darauf abgestellt haben sollen,
ein Eingreifen der auswärtigen Mächte herbeizufüh-
ren. Die Anklageschrift des Sowjetstaatsanwalts Ar-
lenko erhebt insbesondere schwere Vorwürfe gegen
Frankreich, heißt es doch in der Anklageschrift:

Die Angeklagten unterhielten verbrecherische Be-
ziehungen zu französischen Regierungskreisen, die sich
zur Aufgabe gesetzt hatten, Rußland mit Krieg zu
überziehen, zu Poincaré und dem Außenminister
Briand, sowie den drei französischen Stabsoffizieren
Goinville, Janin und Richard, die nach den Anweisun-
gen der erwähnten Persönlichkeiten einen militäri-
schen Angriffsplan gegen Sowjetrußland anarbeiteten.

Die Angeklagten stellten ferner eine persönliche
Verbindung mit dem französischen Generalstab her und
führten die Spionageaufträge des französischen Ge-
neralstabs aus.

Ferner werden die Mitglieder der „Industriepar-
tei“ beschuldigt, auf Anordnung der französischen Ge-
neralstabsoffiziere eine Sondergruppe für die Zer-
setzung der Roten Armee und eine weitere Sonder-
gruppe für die Sprengung öffentlicher Bauten und
Eisenbahnsirenen gegründet zu haben.

Musikmeister als Spion.

Reichsgerichtsverhandlung gegen Adam.

— Leipzig, 12. November.

Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts hatten
sich der frühere Obermusikmeister Paul Adam von
der zweiten Abteilung des 6. Artillerieregiments in
Minden und seine aus Lothringen gebürtige Ehefrau
unter der Anklage des Verrats militärischer Geheim-
nisse zu verantworten. Die Verhandlung war ge-
heim. Als Zeugen waren etwa zwölf Personen ge-
laden worden.

Die Spionagefälle, die dem Obermusikmeister zur
Last gelegt worden sind, erstreckten sich über mehrere
Jahre. Aufmerksam wurde man auf den Obermusik-
meister dadurch, daß insbesondere die Frau, obwohl
das Ehepaar vier unmündige Kinder zu versorgen
hatte, einen Aufwand trieb, der mit dem Monats-
einkommen des Obermusikmeisters in Höhe von 462
Mark in keinem Einklang stand. Die Kriminalpolizei
überwachte dann das Ehepaar und schritt am 15. Juni
zur Verhaftung, als Frau Adam ihrem von einer
Reise in das damals noch besetzte Gebiet zurückkeh-
renden Mann auf dem Bahnhof Minden mit den Wor-
ten empfing: „Hat alles geklappt?“

Den Beweggrund für die schweren Verfehlungen
des Obermusikmeisters hat man in der Versuchun-
gung der Frau zu erblicken. Wie kata-
strophal es um die wirtschaftlichen Verhältnisse des
Musikmeister-Ehepaares bestellt war, geht daraus her-
vor, daß es sich vor wenigen Tagen unter der Anklage
des Konkursvergehens zu verantworten hatte. Wegen
des Konkursvergehens erhielt Adam zwei Wochen, seine
Frau sechs Wochen Gefängnis.

Wie in der Verhandlung mitgeteilt wurde, lastete
zu Beginn der Spionagetätigkeit im Jahre 1928 auf
dem Ehepaar eine Schuldentlast von 13 000 Mark.

Zuchthaus für Ehepaar Adam.

Beide der Spionage schuldig.

Das Reichsgericht in Leipzig verurteilte den Mu-
sikmeister Peter Adam aus Minden (Westf.) wegen Ver-
gehens der Spionage zu zehn Jahren Zuchthaus. Die
Ehefrau Adam erhielt fünf Jahre Zuchthaus. Die bür-
gerlichen Ehrenrechte wurden ihnen auf die Dauer
von zehn Jahren aberkannt.

Die bei Frau Adam bei der Verhaftung vorge-
fundene Summe von 900 Mark sowie 12 000 Mark
Spionagegelder verfallen dem Reich, ebenso der Photo-
apparat der Frau Adam. Vier Monate und drei
Wochen gelte bei beiden Verurteilten als durch die
Untersuchungshaft verbüßt.

Zusammenlegung von Landkreisen.

Vorarbeiten im preussischen Innenministerium.
Am 12. November wird mitgeteilt:
Am preussischen Ministerium des Innern sind Vorarbeiten im Gange, um im Interesse einer Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung eine Zusammenfassung einer Reihe von kleinen Landkreisen zu größeren und leistungsfähigeren Verwaltungseinheiten zu erzielen. Die Arbeiten sollen so beschleunigt werden, daß noch im Laufe der Legislaturperiode des jetzigen Landtags die Reformen zum Abschluß gebracht werden können. Nach Beendigung der Vorarbeiten wird den Beteiligten Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.

Die Gebühren für Krankenscheine.

Milderung der Notverordnung durch Ausführungsbestimmungen.
Das Reichsarbeitsministerium gibt jetzt die Ausführungsbestimmungen über die durch Notverordnung angeordnete Erhebung einer Gebühr bei der Ausstellung von Krankenscheinen bekannt.

Danach beträgt die Gebühr für die Ausstellung eines Krankenscheines 50 Pfennig; die Kasse kann eine Ermäßigung bis auf 25 Pfennige gewähren. In dringenden Fällen ist ein Krankenschein nicht erforderlich, d. h. der Krankenschein kann nachträglich geholt werden. Wer die Gebühr im Augenblick nicht zahlen kann, dem wird sie gekündet, und bei dauernder Zahlungsunfähigkeit ist sie gänzlich niederzuschlagen.

Ueber die Auswirkung der Notverordnung teilt das Ministerium mit, daß der Reichsdurchschnitt der Beitragssätze um ein Prozent des Grundlohnes gesenkt worden ist.

Westhilfegegesetz gefordert.

Der Grenzausschuß des preussischen Landtags bezieht weitere Maßnahmen für die Grenzgebiete. Annahme fand ein Antrag, wonach geprüft werden soll, ob im Rahmen des Disprogramms nicht Mittel auszuweisen werden können, um den durch Vertreibung aus den abgetretenen Gebieten wurzellos gewordenen Deutschen durch Gewährung billiger Kredite und nötigenfalls durch Darunterstützungen die Wiedererlangung einer wirtschaftlichen Existenz zu erleichtern.

Annahme fand ferner ein Antrag, wonach das Staatsministerium gemeinsam mit der Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften baldmöglichst ein auf mehrere Jahre abgestelltes Westhilfegegesetz zur Verabschiedung vorlegen soll, das gemeinsame Maßnahmen des Reiches und des preussischen Staates vorsieht zur Behebung der Schäden, die infolge der Grenzziehung, der zehnjährigen Besatzung sowie des Ruhrkampfes und der Separatistenei im Westen entstanden sind.

„Mißverständnisse“ beim Preisabbau.

Bei der vom Reichskabinett angekündigten Preisförmung haben sich in Berlin sehr bedauerliche „Mißverständnisse“ ergeben. Wie sich jetzt herausstellt, wollen zwar die Bäckerinnungen den Brotpreis von 50 auf 46 Pfennige senken, die Brotfabriken dagegen wollen nur — und auch das nur versuchsweise — eine Preisermäßigung um zwei Pfennige eintreten lassen. Noch schlechter steht es mit der Senkung der Preise für Schweinefleisch, bei der es sich jetzt lediglich um eine Verringerung der Spanne zwischen den Groß- und den Kleinhandelspreisen in Höhe von fünf Pfennig für das Pfund handeln soll. Tatsächlich waren denn auch die Preise am Dienstag in Berlin nirgends geringer als am Vortage, und das, obwohl auf dem Berliner Schweinemarkt ein Preissturz von 5 Mark für den Zentner eingetreten ist!

Politische Rundschau.

— Berlin, den 12. November 1930.
— Die Universität Bonn hat ihre neue Aula eingeweiht, und zwar ohne Ehrendoktoren zu ernennen.

Der deutsche Gesandte in Prag, Dr. Koch, der gegenwärtig in Berlin weilte, erstattete dem Außenminister Bericht über die Zwischenfälle bei der Vorführung deutscher Tonfilme in Prag. Der Gesandte wird in den nächsten Tagen nach Prag zurückkehren. — Wie verlautet, werden ab Freitag wieder deutsche Tonfilme in Prag zur Aufführung gelangen.

Der Vorstand der Zentrumsfraction des Reichstags hielt im Reichstag eine Sitzung ab, die sich mit internen Parteiangelegenheiten beschäftigte. Für den 25. November wurde der Parteivorstand einberufen.

Die Statberatungen im Reichsrat.

— Berlin, 12. November. Die vereinigten Ausschüsse des Reichsrats verabschiedeten die Beratungen der Stats der Postverwaltung und des Reichsarbeitsministeriums. Für Mittwoch ist die zweite Lesung der Steuervorlagen angesetzt.

Rundschau im Auslande.

Als aussichtsreichster Kandidat für den Nobel-Friedenspreis gilt der schwedische Erzbischof Nathan Söderblom. Das Arbeitsamt der Vereinigten Staaten bezeichnet in seinem letzten Bericht die Entwicklung des amerikanischen Arbeitsmarktes als beunruhigend. Der Beschäftigungsstand im Oktober 1930 war um 18 Prozent geringer als im Oktober 1929.

In der chinesischen Stadt Kwantung (Honan) sind die Ausländer durch kommunistische Umtriebe gefährdet. In der Stadt befinden sich auch vier Deutsche.

Fürst Starhemberg gewählt.

Fürst Starhemberg, der Führer der österreichischen Heimwehr, hat nunmehr bei der Verteilung der Reichstimmungen im dritten Wahlkreis ein Mandat für den Nationalrat erhalten. Die Gesamtzahl der bürgerlichen Stimmen beträgt nach dem jetzt veröffentlichten endgültigen Wahlergebnis 2 128 737, die der marxistischen 1 529 434. Ungeklärt ist noch die Frage, wer Präsident des Nationalrats werden wird. Der bisherige christlichsoziale Präsident Dr. Girtler hat nicht wieder kandidiert.

Brazilien entläßt Militärmissionen.

Die brasilianische Revolutionsregierung hat beschlossen, die amerikanische Marine- und die französische Militärmission mit sofortiger Wirkung zu entlassen, da die Missionen, denen die Ausbildung der brasilianischen Militärs oblag, dem Budget der vorliegenden Regierung zu hohe Kosten verursacht hätten, dabei aber nur wenig Nutzen brachten. Teilweise hätten sie sich auch persönlich sehr unbeliebt gemacht.

Verschiedenes.

Mehr als drei Millionen lerneisige Menschen waren in diesem Sommer in der Hygieneausstellung zu Dresden. Ergötzen standen sie vor dem durchsichtigen Menschen — den sinnreichen Aufbau des menschlichen Körpers bewundernd. Wir wissen ja viel zu wenig von uns selbst! Wer zum Beispiel weiß, wie es in seinem Magen aussieht! In Dresden sah man in gläsernen Mägen, wie die Milch, sobald sie in den Magen gelangt ist, gerinnt und zu Klümpchen verkleistert, die dann stundenlang im Magen liegen bleiben. Trinkt man aber die Milch mit Kathreiners Malzkaffee gemischt, so bildet sie ganz zarte kleine schneeflockige Klümpchen, die sehr leicht verdaut werden. Also — stets die Milch mit Kathreiner mischen! Das — und noch vieles andere — haben wir diesen Sommer auf der Hygieneausstellung in Dresden gelernt.

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Sophie Euenius „Katharine Kepler“, 132 Seiten, kart. 2,50 Mk., Leinen 3,20 Mk. Orianen-Verlag, Herborn (Vilkreis).

Der 15. November ist der 300. Gedenktag des Todes Johann Keplers. des großen, frommen Naturforschers und Astronomen. Da wird mancher sich gerne des Lebens dieses Kämpfers erinnern. Sophie Euenius hat es übernommen, gerade jetzt ein Büchlein zu schreiben, das von der Mutter Johann Keplers erzählt, jener frommen, tapferen Frau, deren Mann in jenen unruhigen Zeiten in den Türkenkrieg zog und seiner Frau die Sorge für die Kinder überließ. Ein schweres Schicksal wird der Frau, die in stillem Wohlsein ihren Weg geht und der Verleumdung und Neid die Folter und fast den Tod durch den Hexenrichter bringen. In letzter Stunde erscheint der Retter Johann Kepler.

Local- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld. Aussperrung. Nachdem die seit einigen Tagen in den hiesigen Metallwerken geführten Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern nicht zur Einigung geführt haben, hat der Arbeitgeberverband beschlossen, die Aussperrung vorzunehmen. Davon werden ungefähr 9000 Arbeiter betroffen. Das ist ein harter Schlag für Bielefeld, wo seit Jahr und Tag ein großer Teil der Arbeiterschaft ohne Beschäftigung ist. Hoffentlich gelingt es bald, zur Einigung zu kommen und weitere Störungen des Wirtschaftslebens zu verhindern.

Evangelisch-kirchliche Arbeitsgemeinschaft.

Im Rahmen der Vortragsreihe „Menschenführung als Gegenwartsaufgabe“ spricht Herr Oberstudienrat Prof. Dr. Bavinck-Bielefeld am Donnerstag, den 13. November 1930 im Altstädter Gemeindehaus, Grünstraße, um 20.15 Uhr über „Menschenführung im Lichte der Biologie“.

Bethel.

Am heutigen Mittwoch findet anstelle einer Filmvorführung eine Veranstaltung statt, die allerlei Ueber-raschungen bringt; und zwar:

um 2 Uhr für die Insassen der Frauenhäuser,
um 1/2 Uhr für die Insassen der Männerhäuser,
abends um 1/8 Uhr für jedermann.

Der Eintrittspreis beträgt im Vorverkauf 60 Pfg. für Erwachsene; 30 Pfg. für Jugendliche; an der Abendkasse 75 Pfg. Vorverkauf findet bis 7 Uhr statt: Anstaltskaffee, Sphir und Telefonhaus. (Siehe gestrige Anzeige). Am nachmittags werden keine Programme ausgegeben.

Frauenhilfe. Am Mittwoch den 12. Nov., 1/3 Uhr Besichtigung der Gewinne, 3 Uhr Verlosung.
J. B.: E. Brandt.

Anzeigen aus Bethel.

Ein Babykörbchen, gut erhalten hat abzugeben Olpp, Hebronweg 1.

In unserer Gemüßstelle findet am Freitag, den 14. November, nachmittags, ein kleiner Obstverkauf statt. Sphir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. G. Buttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Am 9. d. M. verschied nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber Mitarbeiter

Herr Hermann Wellenbrink

Der Verstorbene war uns allen ein Vorbild treuester Pflichterfüllung. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Arbeiter und Angestellten der Tischlerei der Anstalt Bethel.

Bethel, den 11. November 1930.

Liebhaber-Photographen

decken ihren Bedarf in der Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Menschenführung

als Gegenwartsaufgabe

2. Vortrag

Menschenführung im Lichte der Biologie
Oberstudienrat Professor Dr. Bavinck-Bielefeld
am Donnerstag, den 13. November 1930, abends 8 1/2 Uhr
im Altstädter Gemeindehaus, Grünstraße.

Karten zu RM 1.— in der Biefferschen Buchhandlung und an der Kasse. — Für Kinder ermäßigte Ermäßigung.

Evangelisch-kirchliche Arbeitsgemeinschaft.

... und es erspart
Zeit und Arbeit:

OZONIL
das moderne
Waschmittel

Ein gutes Buch ist stets ein schönes Geschenk!

Ich empfehle:

Samariterdienst im Granatfeuer

von Klaus Georg Blumet

146 Seiten, kart. 1.80 RM, 2.— RM porto- und nachnahmefrei.
Von P. D. Fr. v. Bodelschwings, D. Mumm, Oberlehrer Kohnert
u. a. empfohlen.

Osar Sanger, Verlag, Nipma-Meufelwih (Thür.)

Durch Kontrolle des vereinigten Ehemiters Dr. Bobinus, Bielefeld, ist die Echtheit meines

Bienen-Bücherei-Honig.

10 Wks. Dose 10.55 RM, vorwiegend Alce-Blütenblüte 12.90 RM, 6-lbe Dose 6.10 RM und 7.10 RM, 1-lb. Dose 2.00 RM und 2.20 RM frei Haus. Nachn. 30 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme. W. Krieger, Vorgehen 2. R. Soeff. Dieser Honig ist auch in Sphir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.

Gebild. christliche junge Dame sucht in einem christlichen, gut geordneten frauenlosen Haushalt

Hausdame

Reiche Erfahrung im ganzen Hauswesen, sehr arbeitsfreudig und pflichtgetreu, Alter 32 Jahre, ruhiges Wesen, langjährige Tätigkeit in großen Häusern. Angebote erbeten unter A 7223 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts“.

Hochgebirgs-Sonnenkuren

Herbst und Winter im Ev. Erholungshaus Haslbergshaus Goldern (Berne Oberland) 1060 m. Sorgfältige Pflege. Trauliches Familienleben. Tagespreis von 8 Fr. an. Ausbildung von Hausknechten. Illustr. Prospekt v. Hausvater.

Bekannt, reell und billig!

Neue Gänsefedern

von der Gans gerupft, mit Daun, doppelt gewaschen und gereinigt, beste Qualität 6 Pfd. Mk. 3.—, Halbdunen 4 Pfd. Mk. 4.50, 1/2 Daun Mk. 6.50, 1/4 Daun Mk. 8.—, Gerissene Federn mit Daun, gereinigt 3.40 und 4.75, sehr zart und weich 5.75, 1/2 Pfd. Ver. and per Nachnahme, ab 5 Pfd. portofrei. Garantie für reelle, staubfreie Ware. Nehme Nichtgefallendes zurück. Frau A. Wodrich, Gänsemarkt, Neutrebber (Rückbruch).

Das in Bad Freienwalde a. d. O. befindliche

Christliche Altersheim

bietet seine Räume dem Alter an. Volle Verpflegung. Staatlich geprüfte Schwestern. Preis nach Uebereinkunft. Kein Baufuß aufschuß oder sonstige Abgabe. Einkaufsmöglichkeit. — Anfrage G. Walter, Prediger, Bad Freienwalde a. d. O., Bellevueplatz 3.

Kur-Anstalt Erholungshelm

vegetarisch und Rohkost Ebert
Bennickekensteln-Hochharz unweit Braunlage
Pastor Felkekuren. Prosp. freil

KUSCHEES
ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT JHRER ANZEIGEN.
ALLE DRUCKSTÖCKE IN MUSTERGÜLTIGER AUSFÜHRUNG

BORGSTÄDT & BUSCH
BIELEFELD TELEFON Nr. 1308

Werbt für den Aufwärts!